

Angst, den Anschluss zu verpassen Der Verkehr ist das Aufreger-Thema im Wiener Wahlkampf - Dringende Verkehrsfragen bleiben ungelöst

Wien – Feinstaub, Stau und Pendlerleid: Die Verkehrsfrage ist im Wiener Wahlkampf nicht nur aufgrund der hohen Spritpreise gegenwärtig. Während die ÖVP auf ihren Plakaten auf das Problem "Stundenlang im Stau" mit „Weil in Wien Rot regiert“ antwortet und die BZÖ-Kandidaten auf einer Vespa posieren, macht die SPÖ die schwarz-orange Bundesregierung für die Mängel im Nahverkehrssystem verantwortlich und fordert Verbesserungen des Anschlusses mit Schnellbahnen aus dem Wiener Umland.

Der Wahlkampf dürfte auch Grund für die Verzögerung der U-Bahn-Ausbaupläne nach 2009 sein: „Ich glaube nicht, dass vor der Wahl noch eine Lösung gefunden wird – was die Chancen von BZÖ und ÖVP schmälert“, meint Verkehrsstadtrat Rudolf Schicker (SP), der nach wie vor mit dem Bund um die Sicherung der nächsten Ausbaustufe ringt.

Die Verlängerung der U2 in Richtung Norden nach Aspern und in Richtung Süden über die Aspanggründe bis zum neuen Zentralbahnhof sowie die Verlängerung der U1 Richtung Rothneusiedl seien bereits mit Verkehrsminister Hubert Gorbach (BZÖ) vereinbart, auch über die Kofinanzierung zu je 50 Prozent sei man sich nun einig. Doch was fehlt, ist nach wie vor die Zusage von VP-Finanzminister Karl-Heinz Grassler. Rund 100 Millionen Euro pro Jahr muss der Bund über zehn Jahre garantieren, damit der Ausbau ab 2011 beginnen kann. „Die Problematik ist, dass wir sechs Jahre vor Baubeginn mit der Planung fertig sein müssen“, warnt Schicker davor, den U-Bahn-Ausbau zu bremsen.

Verlängerung der Vorortelinie gefordert

Der Landtagsabgeordnete Andreas Schieder richtete sich indes vor allem an die ÖBB, als er am Mittwoch gemeinsam mit dem Purkersdorfer Bürgermeister und Ex-Innenminister Karl Schlögl sowie der Penzinger Bezirksvorsteherin Andrea Kalchbrenner (alle SP) eine Verlängerung der Vorortelinie S 45 nach Purkersdorf und eine Verdichtung des 30-Minuten-Takts der S 50 forderte. Ein Drittel der Pendlerzüge habe Verspätung, und es komme immer wieder zu Ausfällen, viele Bahnhöfe seien nicht behindertengerecht gebaut.

Individualverkehr soll reduziert werden

Die Stadt Wien will zwar bis 2020 den Anteil des motorisierten Individualverkehrs am gesamten Verkehrsgeschehen von derzeit 35 auf 25 Prozent reduzieren, die Teilnahme am europaweiten, autofreien Tag ist Verkehrsstadtrat Schicker aber doch zu „radikal“. Dennoch werden auch in Wien einzelne Aktionen stattfinden, unter anderem von den Grünen, die sich gegen die „Tatenlosigkeit“ aussprechen. (kri, DER STANDARD Printausgabe 22.9.2005)

Link zum Online-Artikel:

<http://derstandard.at/?id=2182185>